

WISO

Umsteuern: Feministische Krisenoptionen

1. Krise der Ökonomie	42
<hr/>	
2. Kritik, Geschlechterregierung und Ökonomie	45
<hr/>	
3. Ökonomische Macht: Feministische Interventionen	46
3.1 Erwerbsarbeit	46
3.2 Pflege und Betreuung	47
3.3 Bildung	48
3.4 Sozialinvestitionen	48
3.5 Umverteilung	
<hr/>	
4. Ökonomische Wahrheit: Feministische Formationen	49

*Gabriele
Michalitsch*

*Politikwissen-
schaftlerin und
Ökonomin, Lehr-
beauftragte an der
Universität Wien*

Auszug aus WISO 3/2009

isw

Institut für Sozial- und Wirtschaftswissenschaften

Volksgartenstraße 40
A-4020 Linz, Austria
Tel.: +43(0)732 66 92 73, Fax: +43 (0)732 66 92 73 - 2889
E-Mail: wiso@akooe.at
Internet: www.isw-linz.at

Krise hat Konjunktur: ökonomische, soziale, ökologische, politische Krise, Energie-, Ernährungs-, Ressourcenkrise – auch wenn sie im Systemzusammenhang unterbelichtet bleiben, die Vielzahl nunmehr auch im öffentlichen Diskurs konstatiertes Krisen verweist nicht nur auf die problematische Produktivität von globalisiertem Kapitalismus, sondern mehr noch auf Grenzen seiner Akzeptabilität.

Mit der Erschütterung des omnipräsenten Markt-Credos im Zuge der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise brechen in den letzten Dekaden zunehmend neoliberal eingehegte Denk- und Handlungsräume auf und eröffnen der Kritik, die ihren Wortstamm kri-nein (scheiden, sondern, trennen) mit Krise teilt und auf deren inhärente Verknüpfung verweist, neue Perspektiven im diskursiven Ringen, im „Kampf um die Macht zum Erhalt oder zur Veränderung der herrschenden sozialen Welt durch Erhalt oder Veränderung der herrschenden Kategorien“ (Bourdieu 1985, 18f.).

Doch im Horizont von Krise und Kritik erweisen sich Fragen nach Geschlechterverhältnissen einmal mehr als marginalisiert. Sie rückt der vorliegende Beitrag ins Zentrum der Diskussion, indem er Ansatzpunkte feministischer Politiken markiert, die – auf Geschlechtergleichstellung zielend – als mögliche „Antworten“ auf die gegenwärtige Wirtschaftskrise über aktuelle Stabilisierungsprogramme hinausweisen. Einleitend widmet sich der Beitrag zunächst skizzenhaft Hintergründen und Geschlechterimplikationen der aktuellen Wirtschaftskrise, ehe, von Foucaults Begriff der Kritik ausgehend, der theoretische Bezugsrahmen aufgespannt wird, auf den sich in weiterer Folge die Entwicklung feministischer wirtschaftspolitischer und wirtschaftswissenschaftlicher Interventionsfelder im Kontext der Krise stützt.

1. Krise der Ökonomie

Kritische Befunde (Schulmeister 2009, Huffs Schmid 2009, Bischoff 2008) stimmen weitgehend darin überein, dass die Ursachen der Krise in neoliberalen Politiken der Deregulierung und Liberalisierung der Finanzmärkte, zunehmender Umverteilung von unten nach oben und Privatisierung sozialer Sicherung liegen.¹ Sie ermöglichten die langfristige Akkumulation privaten Finanzvermögens, das sich zwischen 1980 und 2007 von 12 Bill. US-Dollar auf 196 Bill. US-Dollar vervielfachte, während sich das weltweite Sozialprodukt gleichzeitig lediglich von 10 auf 55 Bill. US-Dollar erhöhte² (Huffs Schmid 2009, 2).

*Krisenursachen:
Deregulierung,
Privatisierung
und Umverteilung
von unten
nach oben*

Umverteilung von unten nach oben, wie sie sich etwa an der Entwicklung der seit Mitte der 1970er-Jahre in den meisten Industrieländern nahezu kontinuierlich sinkenden Lohnquote³ ablesen lässt, sowie die zunächst in den USA, später auch in Europa vollzogene Umstellung der Pensionssysteme auf Kapitaldeckung⁴ und die Förderung privater Altersvorsorge⁵ bildeten hierfür wesentliche Grundlagen. Darüber hinaus führten im Gefolge der Abkehr vom Bretton-Woods-System fester Wechselkurse 1971 Deregulierung und Liberalisierung der Finanzmärkte zu erhöhten Kursinstabilitäten, die Spekulation und Bedarf an Kursabsicherung – und damit einhergehend die Kreation neuer Finanzprodukte vor allem seit den 1980er-Jahren – gleichermaßen förderten, während sich die Geschwindigkeit von Finanztransaktionen bei minimalen Transaktionskosten vor allem im Zuge der Entwicklung neuer Kommunikationstechnologien zunehmend erhöhte und verstärkt eingesetzte computergestützte Spekulationssysteme Kursschwankungen verstärkten. Von erhöhten Renditenansprüchen im Zeichen des Shareholder-Value getrieben, verlagerte der Bankensektor seine Aktivitäten vermehrt von Investitionsfinanzierung zu „asset management“, realwirtschaftliche Unternehmen ersetzten Investitionen in Produktionskapazitäten mehr und mehr durch profitablere Finanzanlagen.

All diese Entwicklungen schufen über Jahrzehnte jenes Krisenpotenzial, das sich mit der ab 2007 einsetzenden „Schubumkehr“ (Schulmeister 2009, 2) zu realisieren begann. Vor diesem Hintergrund markiert die Subprime-Krise letztlich lediglich den Auslöser, der die Finanzmärkte erlahmen ließ, sodass sie die ihnen zuge dachte Funktion der Koordination von Kapitalströmen nicht mehr erfüllten und in weiterer Folge die in eine Phase konjunkturellen Abschwungs übergehende globale Wirtschaft in eine tiefe Rezession stürzten. Vertrauen in Stabilität und Selbstregulation von Märkten schwand ebenso wie in die wirtschaftswissenschaftliche Modellökonomik, kam doch gerade der Finanzmarkt den Postulaten eines idealen Marktes am nächsten. Der wirtschaftspolitische Diskurs verschob sich: Staatliche Intervention in Märkte galt nicht länger als schädliche oder überflüssige Beschränkung, sondern avancierte zum Gebot der Stunde, um das kapitalistische System und seine Eliten zu „retten“. Während grundlegende Modifikationen des globalen Finanzsystems auf sich warten lassen, versuchen nun die weltweit geschnürten Konjunkturprogramme, den Status quo ante herzustellen – und so nicht zuletzt bestehende Machtverhältnisse, auch zwischen den Geschlechtern, zu stabilisieren.

*kein wirtschafts-
politischer Para-
digmenwechsel*

Die europäischen, zunächst keynesianisch anmutenden Stabilisierungsprogramme deuten jedoch kaum auf einen wirtschaftspolitischen Paradigmenwechsel. Sie konzentrieren sich auf die Stützung von Banken und realwirtschaftlichem Unternehmenssektor, dem letztlich auch die umfangreichen Infrastrukturinvestitionen der öffentlichen Hand zugute kommen.

Geschlechterverhältnisse ausblendend, stabilisieren die Konjunkturprogramme Geschlechterhierarchien, indem sie bestehende Ungleichheiten affirmieren und asymmetrische Konstitutionsbedingungen von Geschlecht festschreiben. So zielen sie etwa vorrangig darauf, Männerarbeitsplätze – besonders im Bauwesen – zu sichern, während Erwerbslosigkeit von Frauen und beschleunigte Atypisierung weiblicher Beschäftigung sozioökonomische Geschlechterhierarchien vor allem im Hinblick auf Arbeitsmarktstatus, Einkommen und Zugang zu sozialer Sicherheit verstärken. Zunehmende, vorrangig Frauen zugewiesene unbezahlte Arbeit als Resultat krisenbedingt steigenden Drucks auf die Versorgungsökonomie, durch vermehrte Eigenleistungen Einkommensrückgänge auszugleichen, stützt darüber hinaus die geschlechtliche Arbeitsteilung mit allen sie begleitenden sozioökonomischen Ungleichheiten (Michalitsch 2009a).

*De-Thematisie-
rung von Ge-
schlechterver-
hältnissen*

Die Konjunkturprogramme negieren diese Effekte der Krise und gehen dabei nicht zuletzt mit öffentlichen Diskursen einher, die durch wiederholte Behauptungen, Frauen seien von der Krise nicht oder kaum betroffen, vor allem aber durch De-Thematisierung von geschlechtsspezifischen Krisendimensionen charakterisiert sind. Retraditionalisierende Geschlechtereffekte von Krise und Konjunkturpolitik werden nicht wahrgenommen, als „ökonomisch irrelevant“ nicht problematisiert oder schlicht verschwiegen, Gleichstellungsforderungen gleichzeitig mit Verweis auf die Krise und ihre Kosten abgewehrt.

Gender-Mainstreaming erweist sich dabei einmal mehr als wenig durchschlagskräftige Strategie. Ausdrücklich auf alle Politikbereiche hin konzipiert, kommt es doch – völlig sanktionslos – in wirtschaftspolitischen Kontexten nicht zur Anwendung. Auch Gender-Budgeting, explizit auf budgetäre Allokationen fokussiert und in den letzten Jahren von EU-Institutionen zunehmend propagiert, spielt im Kontext der Konjunkturprogramme keine Rolle.

2. Kritik, Geschlechterregierung und Ökonomie

Kritik besteht Foucault folgend darin, das, was in einer Gesellschaft als Wahrheit gilt, auf seine Machteffekte und Macht auf ihre Wahrheitsdiskurse hin zu befragen (Foucault 1992, 15). „Wahrheit“ ist Foucault folgend in westlichen Gesellschaften um den wissenschaftlichen Diskurs und die diesen produzierenden Institutionen zentriert. Permanenten ökonomischen und politischen Anforderungen ausgesetzt, wird sie vorrangig unter Kontrolle einiger weniger großer politischer und ökonomischer Apparate wie Universität, Armee und Massenmedien produziert und verteilt, in Erziehungs- und Informationsapparaten zirkulierend verbreitet und konsumiert (Foucault 1978, 52).

Die kritische Haltung charakterisiert Foucault als „Kunst, nicht dermaßen regiert zu werden“ (Foucault 1992, 12). Regierung bezeichnet dabei eine Form von Machtausübung, die Individuen durch die Produktion von Wahrheit anleitet, lenkt, führt und so zu Subjekten formt. Sie umfasst die Gesamtheit der Institutionen und Praktiken, durch welche Menschen gelenkt werden, sowie sämtliche Prozeduren, Techniken und Methoden, welche die Lenkung von Menschen untereinander gewährleisten (Foucault 1996, 119). Als „Führung der Führungen“ zielt sie auf das Verhalten der Menschen. Insofern sich Regierung auf die Konstitution von Subjekten als geschlechtliche Subjekte bezieht, wird sie hier unter dem Begriff Geschlechterregierung subsumiert.

Kritik als „Kunst, nicht dermaßen regiert zu werden“

Ökonomie lässt sich in diesem Foucault'schen Kontext als spezifische Form von Regierung deuten. Ökonomie bezieht sich demnach nicht nur auf Allokation von Ressourcen oder Produktion von Gütern und Dienstleistungen, sondern reguliert soziale Beziehungen ebenso wie Selbstverhältnisse. Sie stellt demnach auch eine Form von Geschlechterregierung dar, die vor allem über die Zuweisung von Arbeit, Einkommen (und Vermögen), Zeit und Entscheidungsbefugnissen die moderne binäre hierarchische Geschlechterordnung reproduziert. Der Ausschluss der Reproduktionssphäre aus dem Bereich des Ökonomischen und deren Zuweisung an Frauen erweist sich hierbei als ebenso grundlegend wie geschlechtsspezifische Segmentationen des Arbeitsmarktes, Einkommensdisparitäten und die systematische Hierarchisierung der Geschlechter über deren berufliche Positionierung, die nicht nur unmittelbar Lebensverhältnisse prägen, sondern Machtverhältnisse zwischen den Geschlechtern bestimmen (vgl. Michalitsch 2009b).

Ökonomie als Form von Geschlechter-Regierung

Auf diese richten sich die im Folgenden vor dem Hintergrund der aktuellen Wirtschaftskrise skizzierten politischen Interventionsfelder. Der Perspektive Foucault'scher Kritik folgend, werden hierbei Macht und Wahrheit idealtypisch differenziert und einerseits als wirtschaftspolitische, andererseits als wirtschaftswissenschaftliche Gestaltungsebene gefasst. Sie dienen als Bezugsrahmen, innerhalb dessen Ansatzpunkte feministischer Politik systematisiert werden.

3. Ökonomische Macht: Feministische Interventionen

*Gleichstellung,
Konjunktursta-
bilisierung und
langfristiges
ökonomisches
Potenzial*

Die fünf hier umrissenen Interventionsfelder⁶ und die mit ihnen verbundenen Politiken zielen auf emanzipatorische Veränderungen von ökonomischer Geschlechterregierung und damit langfristig auf Überwindung der binären hierarchischen Geschlechterordnung. Die dabei zugrunde liegende ökonomische Perspektive richtet sich vorrangig auf das soziale Beziehungsgeflecht, das nicht nur als Ziel, sondern auch als Fundament von Wirtschaften, folglich als mittel- und langfristige Basis wirtschaftlicher Prosperität und damit als *das* „Investitionsobjekt“ schlechthin verstanden wird (Esping-Andersen 2000; Bock-Schappelwein/Eppel/Mühlberger 2009). Gerade dieses nur mittel- und langfristig zu steuernde menschliche Potenzial einer Ökonomie bleibt von den Konjunkturmaßnahmen unterbelichtet. Gleichzeitig sind die skizzierten Politikvorschläge darauf ausgerichtet, Arbeitsplätze zu generieren und unmittelbar Geschlechterverhältnisse retraditionalisierende Krisenfolgen zu minimieren. Sie zeigen Optionen für emanzipatorische Veränderungen im Krisenkontext auf und stellen insofern feministische Erweiterungen ebenso wie Entgegnungen zu den bestehenden Stabilisierungsprogrammen dar.

Auch wenn deren Durchsetzungschancen gering scheinen, handelt es sich keineswegs um den Entwurf einer Utopie, sondern um – kurzfristig wie langfristig orientierte – Ansätze zu politökonomischen Veränderungen im gegebenen kapitalistischen Kontext. Sie stellen kein umfassendes Gleichstellungsprogramm dar – ein solches müsste wesentlich breiter angelegt sein –, vielmehr werden Bewegungsrichtungen aufgezeigt, die selbst bei geringem Ressourceneinsatz schrittweise eingeschlagen werden können.

3.1 Erwerbsarbeit

Obgleich die von Frauen dominierten Branchen als weniger krisenexponiert gelten, steigt die Frauenarbeitslosigkeit kontinuierlich.

lich. Dabei liegt die versteckte Arbeitslosigkeit von Frauen traditionell infolge fehlender Leistungsansprüche weit höher als die von Männern. Gerade die atypischen, oftmals prekären, marginalisierten weiblichen Beschäftigungsverhältnisse können im Bedarfsfall leicht gelöst werden. Dabei dürfte sich der seit den 1990er-Jahren anhaltende Trend zur Atypisierung vor allem von Frauenerwerbsarbeit im Zuge der Krise noch beschleunigen. Kaum existenzsichernde Einkommen, mangelnde soziale Absicherung, erhöhte Armutsgefährdung und damit verbundener gesellschaftlicher Ausschluss sind die Folgen, die Lebensverhältnisse gerade von Frauen im Zuge der Krise verstärkt bestimmen – zumal diese infolge höchst ungleicher geschlechtsspezifischer Vermögensverteilung selten auf entsprechende Rücklagen zur Überbrückung von Krisenzeiten zurückgreifen können.

Umverteilung von Erwerbsarbeit und unbezahlter Versorgungsarbeit

Generelle Arbeitszeitverkürzung stellt nach wie vor eine wesentliche Strategie dar, um Erwerbsarbeit und unbezahlte Versorgungsarbeit zwischen den Geschlechtern neu zu verteilen. Volle Integration atypischer Beschäftigter in das Sozialsystem und nachhaltige, vor allem auf beruflichen Aufstieg zielende Anti-Diskriminierungspolitik müssten diese begleiten.

3.2 Pflege und Betreuung

Dem beträchtlichen Bedarf an Pflege- und Betreuungsleistungen durch entsprechende Ausweitung öffentlicher Angebote zu begegnen, schafft nicht nur konjunkturstützend Arbeitsplätze, sondern eröffnet auch die Möglichkeit, der geschlechtsspezifischen Zuweisung dieser Berufsfelder gezielt entgegenzuwirken und nicht zuletzt den steigenden Druck auf die Versorgungsökonomie zu reduzieren. Denn in Krisenzeiten kommt der nach wie vor primär Frauen zugewiesenen unbezahlten Arbeit im privaten Bereich eine besondere Pufferwirkung zu, soll sie doch mangelnde Kaufkraft durch mehr Eigenleistungen ausgleichen. Mehr unbezahlte Arbeit aber verringert in weiterer Folge Partizipationschancen vorrangig von Frauen auf dem Arbeitsmarkt und stabilisiert so die hierarchische geschlechtliche Arbeitsteilung.

Ausweitung von Pflege und Betreuung

Dabei sind insbesondere öffentliche Betreuungsleistungen für Kleinkinder auch als Investition zu verstehen, da sie positive Wirkungen auf das soziale Kapital und damit längerfristig auf das ökonomische Potenzial einer Volkswirtschaft haben.

3.3 Bildung

*auf Überwindung
von Geschlechterstereotypen
zielende
Bildungs-
investitionen*

Mit dem Übergang zu einer wissensbasierten Ökonomie wird die Bedeutung von Bildung und Qualifikation als Wirtschaftsfaktoren weiter steigen. Bildungsinvestitionen sind folglich nicht auf die Sanierung von Schulgebäuden zu beschränken, sondern auf die Qualität von Bildung zu beziehen, dabei wäre auch der gesellschaftlichen Produktion und Verankerung von Stereotypen und in weiterer Folge geschlechtsspezifischen Segregationstendenzen im Bildungsverhalten entgegenzuwirken, denn sie verknüpfen sich mit gesellschaftlichen Schließungsmechanismen, die das in der Bevölkerung zu verortende ökonomische Potenzial einer Volkswirtschaft letztlich verringern.

3.4 Sozialinvestitionen

*gleiche ge-
sellschaftliche
Partizipations-
chancen
durch Sozial-
investitionen*

Darüber hinaus sind Zugangschancen zu Bildung für benachteiligte Gruppen zu fördern, indem adäquate soziale Voraussetzungen wie ein entsprechendes „bildungsfreundliches“ Umfeld, ein solidarisches gesellschaftliches Klima und soziale Durchlässigkeit – also Lebensbedingungen, die Lernen ermöglichen und dazu motivieren – geschaffen werden. Angst, Druck und erhöhte Unsicherheit samt individualisierten Überlebenskämpfen, wie sie politische Strategien vor allem der letzten Dekade charakterisierten, richten sich ausschließlich an den/die Einzelne/n, wirken dabei oftmals kontraproduktiv und lassen die Gestaltung individueller Rahmenbedingungen außer Acht. Vielmehr bedarf es integrativer Politiken, die auf Inklusion in die Gesellschaft zielen, um gerade marginalisierten Gruppen vermehrt gesellschaftliche Teilhabechancen zu eröffnen und damit der Vertiefung sozialer, sich im Zuge der Krise verschärfender Konflikte entgegenzuwirken. Auf Überwindung gesellschaftlicher Ausgrenzung zielende Sozialinvestitionen etwa in Anti-Sexismus- und Anti-Rassismus-Projekte könnten hierfür wesentliche Beiträge leisten. Oftmals übernehmen zivilgesellschaftliche Initiativen solche Aufgaben, sind dabei jedoch immer wieder mit mangelnder, in den letzten Jahren auch gekürzter Finanzierung konfrontiert. Mit einer – selbst vorübergehenden – Aufstockung von Fördermitteln könnten nicht nur sehr rasch Arbeitsplätze im zivilgesellschaftlichen Bereich generiert, sondern auch gesellschaftliche Partizipationschancen und so mittelfristig das ökonomische Potenzial erhöht werden.

3.5 Umverteilung

Im Zuge der Krise wird die Schere zwischen Arm und Reich, immer mit Geschlecht korreliert, tendenziell weiter aufgehen, soziale Polarisierung und das Machtgefälle zwischen den Geschlechtern zunehmen. Umverteilung zugunsten des unteren Einkommensdrittels, von den Konjunkturmaßnahmen vernachlässigt, würde nicht nur dem entgegenwirken, sondern auch den privaten Konsum – den Ansatzpunkt keynesianischer Politik – stützen. Eine Senkung der Sozialversicherungsbeiträge, die Ausweitung von Negativsteuer-Ansätzen oder die Erhöhung spezifischer Transferleistungen könnten das untere Einkommensdrittel, in dem Frauen deutlich überrepräsentiert sind, entlasten und damit über die private Konsumnachfrage die Gesamtwirtschaft stabilisieren. Dabei käme einer Reform des Abgabensystems Priorität zu, mit der die hohen Anteile öffentlicher Einnahmen aus regressiv wirkenden Steuern wie der Umsatzsteuer und Sozialversicherungsbeiträgen zugunsten progressiver Komponenten verringert und vermögensbezogene Steuern erhöht werden.

durch Umverteilung Nachfrage stabilisieren und sozioökonomische Geschlechterdisparitäten reduzieren

4. Ökonomische Wahrheit: Feministische Formationen

Dass Geschlechtereffekte der Krise weitgehend negiert werden und entsprechende Stabilisierungsprogramme Akzeptanz finden, lässt sich nicht zuletzt mit einem wirtschaftswissenschaftlichen Mainstream verbinden, der nicht nur Geschlecht als analytische Kategorie weitgehend ausblendet⁷, sondern gleichzeitig von überwiegend impliziten Geschlechterentwürfen durchsetzt und von Maskulinismus in Begriffen, Definitionen und Konzeptionen geprägt ist (Pujol 1992; Nelson 1993, 1995). So verschränkt sich etwa die definitorische Ausschließung der Reproduktion aus dem Feld des Ökonomischen mit der Etablierung einer binären modernen Geschlechterordnung und reduziert Ökonomie weitgehend auf das Marktsegment.

Geschlecht im wirtschaftswissenschaftlichen Diskurs

Ansätze feministischer Ökonomik stellen demgegenüber Verknüpfungen von Markt, Non-Profit-Sektor, staatlicher Dienstleistungsökonomie und Reproduktionsbereich in den Vordergrund und identifizieren in der mit dem Reproduktionssektor verbundenen Logik der „Sorge um andere“ eine alternative ökonomische Rationalität (Gubitzer 2006; Jochimsen 2003). Gerade in dieser Verknüpfung könnte ein Schlüssel zu einer nachhaltigen Lösung der Krise liegen, zumal sich aktuell nicht-marktliche Sektoren als wichtige Stabilisatoren der Gesamtwirtschaft erweisen: in einem

ökonomische Sektoren und Rationalitäten

Verständnis von Ökonomie, das das gesamte Feld wirtschaftlicher Aktivitäten einschließt und unterschiedliche ökonomische Rationalitäten erfasst. Wie soll das Verhältnis zwischen den ökonomischen Sektoren gestaltet werden? Welchen Regeln sollen sie gehorchen? Wo liegen die Grenzen des Marktes? Welche Bereiche sollen dem Prinzip der Profitmaximierung unterliegen? Wo wären genossenschaftliche, kooperative, gemeinwirtschaftliche Modelle geeignet? All diese Fragen können letztlich nur in breiter demokratischer Auseinandersetzung geklärt werden, schließlich stehen dabei nicht nur Grundfragen wirtschaftlicher, sondern gesellschaftlicher Organisation und Koordination zur Disposition.

Wissenschaft aber fällt dabei die Aufgabe zu, Denkmöglichkeiten aufzuzeigen, das Spektrum der Ideen zu erweitern, schlicht gleichermaßen nach- wie vorzudenken. Dabei sind insbesondere Fragen nach der Formierung von Bedürfnissen und nach dem, was als Wohlstand gilt, neu zu stellen. Zentral scheint dabei auch die Frage nach der Bildung von Preisen und deren mögliche Adaption im Hinblick auf gesellschaftliche Effekte.

*Pluralisierung
der Wirtschafts-
wissenschaften*

Die Auseinandersetzung mit solchen Fragen erfordert nicht zuletzt die Öffnung der in den letzten beiden Dekaden mehr und mehr auf den Markt fixierten Wirtschaftswissenschaften. Wissens- und Wissenschaftspolitik orientierten sich im neoliberalen Kontext vermehrt an gewinnorientierter Verwertbarkeit, Denken und Forschen über ökonomische Alternativen wurden kaum gefördert. Betriebswirtschaft avancierte zur Wirtschaftswissenschaft schlechthin, während Volkswirtschaftslehre für Ansätze jenseits des Mainstreams immer weniger Raum bot. So blieben nach dem gewonnenen Kalten Krieg 1989 Denkmuster in der Dichotomie von Plan- und Marktwirtschaft gefangen, Staatsphobie wurde zu einem ökonomischen Dogma, wirtschaftliche Konzepte wurden vorrangig im Einklang mit der herrschenden Marktlogik weiterentwickelt.

Die Pluralisierung der in Forschung und Lehre verfolgten wirtschaftswissenschaftlichen Ansätze stellt daher eine Voraussetzung dar, soll ökonomisches Denken (wieder) verstärkt in gesellschaftliche Zusammenhänge eingebettet und die kritische Auseinandersetzung mit ökonomischen Geschlechterverhältnissen forciert werden. Schließlich lassen sich aus der Analyse ökonomischer Geschlechterregierung nicht zuletzt Rückschlüsse auf Funktionsweise und gesellschaftliche Produkte ökonomischer Organisation ziehen und auf deren Grundlage alternative ökonomische Modelle entwickeln – im Hinblick darauf, nicht dermaßen, nicht auf diese Weise regiert zu werden.

Anmerkungen

- 1 Zu den Auswirkungen dieser Strategien auf Geschlechterverhältnisse vgl. Michalitsch 2006
- 2 Vermögen korreliert in hohem Maße mit Geschlecht, Vermögenskonzentration bedeutet folglich auch Verschärfung geschlechtsspezifischer Ungleichheiten.
- 3 Die Lohnquote gibt den Anteil der Bruttoentgelte für unselbstständige Arbeit am Volkseinkommen an, sie sank – unbereinigt um Veränderungen in der Beschäftigungsstruktur – zwischen 1975 und 2007 in Deutschland von 74 auf 62 %, in Österreich von 79 auf 66 %, ihr Rückgang spiegelt die zunehmende Arbeitslosigkeit und das starke Wachstum der Vermögenseinkommen.
- 4 Während die Pensionsversicherungsbeiträge der Beschäftigten in umlagefinanzierten Systemen unmittelbar der Finanzierung der Pensionen dienen, werden sie beim Kapitaldeckungsverfahren auf die Kapitalmärkte gelenkt, ehe sie als Pensionen an die ursprünglichen EinzahlerInnen zurückfließen.
- 5 Das weltweit in Pensionsfonds angelegte Vermögen stieg von 4,8 Bill. US-Dollar 1992 auf 28,2 Bill. US-Dollar 2007, das in Versicherungen angelegte Vermögen von 6,3 Bill. US-\$ auf 19,8 Bill. US-Dollar. (Huffs Schmid 2009, 4).
- 6 Die EU-Roadmap zur Gleichstellung für den Zeitraum 2006–2010 nennt sechs Schwerpunkte: Gleiche wirtschaftliche Unabhängigkeit von Frauen und Männern sowie Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben stehen dabei an vorderster Stelle. Weitere Schwerpunkte bilden die gleichberechtigte Teilhabe an Entscheidungsprozessen, die Bekämpfung von geschlechterbezogener Gewalt und Menschenhandel, der Abbau von Geschlechterstereotypen sowie die Förderung von Geschlechtergleichstellung außerhalb der EU (Europäische Kommission 2006).
- 7 Das wohl bekannteste Beispiel der Integration von Geschlecht als analytische Kategorie bietet Gary Becker im Rahmen der New Home Economics, die die bestehende geschlechtsspezifische Arbeitsteilung ebenso wie Lohnunterschiede als ökonomisch effizient und rational bestätigt (Becker 1971, 1976).

Literatur

- Becker, Gary S. (1971): *The Economics of Discrimination*, London/Chicago.
- Becker, Gary S. (1976): *The Economic Approach to Human Behaviour*, Chicago.
- Bischoff, Joachim (2008): *Globale Finanzkrise. Über Vermögensblasen, Realökonomie und die „neue Fesselung“ des Kapitals*, Hamburg.
- Bock-Schappelwein, Julia/Eppel, Rainer/Mühlberger, Ulrike (2009): *Sozialpolitik als Produktivkraft*, Wien.
- Bourdieu, Pierre (1985): *Sozialer Raum und „Klassen“*. *Leçon sur la Leçon*, Frankfurt/Main.
- Esping-Andersen, Gøsta (2000): *Social foundations of postindustrial economies*, Oxford.
- Europäische Kommission (2006): *Ein Fahrplan für die Gleichstellung von Frauen und Männern 2006–2010 (SEK(2006) 275)*, Brüssel.
- Foucault, Michel (1978): *Dispositive der Macht. Über Sexualität, Wissen und Wahrheit*, Berlin.
- Foucault, Michel (1992): *Was ist Kritik?*, Berlin.
- Foucault, Michel (1996): *Der Mensch ist ein Erfahrungstier*. Gespräch mit Ducio Trombadori, Frankfurt/Main.
- Gubitzer, Luise (2006): *Wirtschaft ist mehr. Sektorenmodell der Gesamtwirtschaft als Grundlage für Geschlechtergerechtigkeit*, in: *Widerspruch 50. Alternativen!*, 17–29.
- Huffschmid, Jörg (2009): *Finanzmarktkapitalismus – eine stabile Formation?*, Papier für die Konferenz „Kapitalismustheorien“, 24.–25.4.2009, Wien, http://www.oegpw.at/tagung09/papers/PA3_huffschmid.pdf (Zugriff am 2. Mai 2009).
- Jochimsen, Maren A. (2003): *Careful economics. Integrating caring activities and economic science*, Boston.
- Michalitsch, Gabriele (2006): *Privatisiert. Geschlechterimplikationen neoliberaler Transformation*, in: Lemke, Meike/Ruhe, Cornelia/Woelki, Marion /Ziegler, Beatrice (Hg.): *Genus Oeconomicum. Ökonomie – Macht – Geschlechterverhältnisse*, Konstanz, 119–129.
- Michalitsch, Gabriele (2009a): *Konjunkturpolitik: Geschlechter-Macht und Geschlechter-Wahrheit*, in: *Kurswechsel. Zeitschrift für gesellschafts-, wirtschafts- und umweltpolitische Alternativen 2/2009*, 91–96.
- Michalitsch, Gabriele (2009b): *Geschlechterreproduktive Ökonomie: Exklusion und Transformation*, in: Bauhardt, Christine/Çaglar, Gülay (Hg.): *Gender and Economics. Feministische Kritik der politischen Ökonomie*, Wiesbaden (im Erscheinen).
- Nelson, Julie A. (1993): *The Study of Choice or the Study of Provisioning? Gender and the Definition of Economics*, in: Ferber, Marianne A./Nelson, Julie A. (Hg.): *Beyond Economic Man. Feminist Theory and Economics*, Chicago/London, 23–36.
- Nelson, Julie A. (1995): *Gender, Metaphor, and the Definition of Economics*, in: Jane Humphries (Hg.): *Gender and Economics*, Aldershot, 19–41.
- Pujol, Michèle A. (1992): *Feminism and Anti-Feminism in Early Economic Thought*, Aldershot.
- Schulmeister, Stephan (2009): *Wessen Hand war das?*, in: *Die Presse*, 7.2.2009, I–II.
- Wößmann, Ludger (2002): *Schooling and the quality of human capital*, Berlin.
- Wößmann, Ludger (2004): *How equal are educational opportunities? Family background and student achievement in Europe and the US*, München.

INSTITUT FÜR SOZIAL- UND WIRTSCHAFTSWISSENSCHAFTEN

WISO

WIRTSCHAFTS-UND SOZIALPOLITISCHE ZEITSCHRIFT

Die Zeitschrift WISO wird vom Institut für Sozial- und Wirtschaftswissenschaften (ISW) herausgegeben. Sie dient der Veröffentlichung neuer sozial- und wirtschaftswissenschaftlicher Erkenntnisse sowie der Behandlung wichtiger gesellschaftspolitischer Fragen aus Arbeitnehmersicht.

Lohnpolitik, soziale Sicherheit, Arbeitsmarkt und Arbeitslosigkeit, Arbeit und Bildung, Frauenpolitik, Mitbestimmung, EU-Integration - das sind einige der Themen, mit denen sich WISO bereits intensiv auseinander gesetzt hat.

WISO richtet sich an BetriebsrätInnen, GewerkschafterInnen, WissenschaftlerInnen, StudentInnen, Aktive in Verbänden, Kammern, Parteien und Institutionen sowie an alle, die Interesse an Arbeitnehmerfragen haben.

Erscheinungsweise: vierteljährlich

Preise:* Jahresabonnement EUR 22,00 (Ausland EUR 28,00)
Studenten mit Inskriptionsnachweis EUR 13,00
Einzelausgabe EUR 7,00 (Ausland EUR 12,00)

(* Stand 2005 - Die aktuellen Preise finden Sie auf unserer Homepage unter www.isw-linz.at)

Wir laden Sie ein, kostenlos und ohne weitere Verpflichtungen ein WISO-Probeexemplar zu bestellen. Natürlich können Sie auch gerne das WISO-Jahresabonnement anfordern.

Informationen zum ISW und zu unseren Publikationen - inklusive Bestellmöglichkeit - finden Sie unter www.isw-linz.at.



Oberösterreich

BESTELLSCHEIN*

Bitte senden Sie mir kostenlos und ohne weitere Verpflichtungen

- 1 Probeexemplar der Zeitschrift WISO
- 1 ISW Publikationsverzeichnis

Ich bestelle _____ Exemplare des WISO-Jahresabonnements (Normalpreis)

Ich bestelle _____ Exemplare des WISO-Jahresabonnements für StudentInnen mit Inskriptionsnachweis

* Schneller und einfacher bestellen Sie über das Internet: www.isw-linz.at

Name _____

Institution/Firma _____

Straße _____

Plz/Ort _____

E-Mail _____

BESTELLADRESSE:

ISW
Volksgartenstraße 40, A-4020 Linz
Tel. ++43/732/66 92 73
Fax ++43/732/66 92 73-28 89
E-Mail: wiso@akooe.at
Internet: www.isw-linz.at